

## **Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03.09.2002**

---

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II  
Sitzungsdauer: 17.00 Uhr - 18.30 Uhr

Anwesend waren:

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

#### **SPD**

Ratsfrau Helga Grix - Vorsitzende -  
Ratsherr Rico Mecklenburg  
Ratsfrau Elfriede Meyer

#### **CDU/FDP**

Ratsherr Ihno Groeneveld  
Ratsherr Holger Klaassen  
Ratsherr Nils Köhler

### **Stimmberechtigte sonstige Mitglieder**

Frau Regina Meinen  
Frau Helga Kruse  
Herr Florian Treptow

für Herrn Norbert Haarmeyer  
bis 18.00 Uhr

### **Nichtstimmberichtigte Mitglieder**

#### **Bündnis 90/Die Grünen** (Grundmandat)

Ratsherr Bernd Renken

### **Beratende Mitglieder**

Herr Abdou Quedraogo  
Frau Ingrid van Schwartzenberg  
Frau Monika Weniger  
Herr Uwe Willms  
Frau Elfriede Wilts  
Herr Walter Saathoff  
Herr Tom Sprengelmeyer

- FB Jugend, Schule Sport -  
- FD Jugendförderung -

### **von der Verwaltung**

Stadtrat Martin Lutz  
Stadtangestellte Annemarie Südhoff  
Stadtangestellter Dieter Wegener  
Stadtangestellter Eckhard Kühl  
Stadtangestellte Minette Wessels

- FD Sozialer Dienst -  
- FD Sozialer Dienst -  
- FD Jugendförderung -  
- Protokollführerin -

2 Vertreter der örtlichen Presse  
4 Zuhörer/Innen

## **Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03.09.2002**

---

**Punkt 1:** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix eröffnet die Sitzung, begrüßt die Presse sowie die anwesenden Zuhörer, Herrn Stadtrat Lutz und die Ausschussmitglieder und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

**Punkt 2:** Feststellung der Tagesordnung

Herr Saathoff schlägt vor, die Tagesordnung um den Punkt 2a) "Verpflichtung eines beratenden Mitgliedes zu erweitern.

Gegen die Tagesordnung mit der Ergänzung, werden keine Einwände erhoben.

**Punkt 3:** Genehmigung der Niederschrift Nr.3 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.06.2002.

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 3 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.03.2002 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt 4:** Einwohnerfragestunde

Frau Grix ruft den Tagesordnungspunkt auf und bittet um Wortmeldungen. Es werden keine Beiträge angemeldet.

**Punkt 5:** Vorlage 14/325  
Investitionszuschuss zur Sanierung des Spielplatzes der Johannesgemeinde

Herr Sprengelmeyer erläutert, dass es sich bei dem Spielplatz Schwabenstraße/Schlesierstraße um eine Eigeninitiative der Kirchengemeinde handele, für die die ev.-luth. Johanneskirchengemeinde einen Zuschuss in Höhe von 1.700 Euro beantrage. Für die Stadt Emden bestehe keine gesetzliche Verpflichtung der Pflege, Wartung, Sicherung und Wiederherstellung von privaten Spielplätzen. In Anbetracht des großen Einzugsgebietes und der öffentlichen Nutzung schlage er vor, die Kirchengemeinde bei der Erhaltung zu unterstützen. Er setze allerdings bei der Zuschussgewährung die Beteiligung von Kindern an dem Planverfahren voraus. Der zuständige Fachdienst der Stadt Emden möchte im übrigen Einfluss nehmen können, damit vor allem im Sicherheitsbereich der vorgegebenen Norm entsprochen wird. Entsprechende Haushaltsmittel stünden zur Verfügung.

Frau Meyer findet es wichtig, dass dieser Spielplatz unbedingt erhalten bleibt, zumal die Plätze in der näheren Umgebung abgebaut wurden.

**Beschluss:** Zur Erneuerung ihres Spielplatzes an der Schwabenstr./Schlesierstr. erhält die ev.luth. Johanneskirchengemeinde einen Zuschuss von 1.700 Euro

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt 6:** Vorlage 14/326  
Anträge von Vereinen und Verbänden  
- Fahrten und Lager  
- Internationales  
- Betriebs- und Sachkostenzuschüsse

Herr Sprengelmeyer informiert unter dem Aspekt der Internationalen Begegnungen, dass die

## **Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03.09.2002**

---

Jugendarbeit in Archangelsk sich noch in einer Aufbauphase befinde. Man habe die Stadt Emden um eine engere Zusammenarbeit gebeten, um zukünftig einen regeren Austausch zwischen Fachkräften der Kinder- und Jugendarbeit, sowie deren Ausbildungsstätten zu intervenieren. Im konkreten Fall solle 17 Jugendlichen aus Archangelsk ein Austauschbesuch in Emden ermöglicht werden, wobei man die genaue Deckungslücke vom Fachdienst Jugendförderung ermittelt habe. Diese betrage bei den Fahrtkosten 1.000 Euro und für Exkursionen 500 Euro.

Ferner trägt Herr Sprengelmeyer vor, dass der BSV Kickers Emden um einen Zuschuss für eine Jugendfreizeit nach Göteborg in Schweden und Slesvig in Dänemark beantragt habe. Ein Gegenbesuch der Partnervereine sei für 2003 geplant. Aufgrund der derzeitigen Finanzsituation und in Ansprache mit dem Verein, schlage die Verwaltung vor, eine Förderung nach den Richtlinien für "Fahrten und Lager" vorzunehmen. Ähnlich sehe es bei dem Antrag des Emdener Turnvereins nach einer Bezuschussung für das Hellas-Dance-Festival in Athen aus. Auch hier stehe der Gedanke der multinationalen Begegnung und der Völkerverständigung im Vordergrund. Die Verwaltung schlage ebenfalls vor, einen Zuschuss nach den Richtlinien für Fahrten und Lager zu gewähren. Haushaltsmittel stünden zur Verfügung.

Zudem teilt Herr Sprengelmeyer weiter mit, dass der Punkt Betriebs- und Sachkostenzuschüsse leider auf die nächste oder übernächste Jugendhilfeausschusssitzung verschoben werden müsse, da es bisher nicht gelungen sei, die Sommerfreizeiten abzurechnen. Somit können noch keine genauen Angaben über diese Zuwendungen gemacht werden.

Beschluss: An Vereine und Verbände werden vorbehaltlich der Einhaltung der Richtlinien und der ordnungsgemäßen Abrechnung folgende Zuschüsse gezahlt:

### **1. Internationale Begegnungen**

Berufsbildende Schulen I, Emden

Vom 08.09.-22.09.2002

Austauschbesuch von 17 Jugendlichen aus Archangelsk in Emden

**1.500,00 Euro**

### **2. Fahrten und Lager**

a) BSV Kickers Emden e.V.

Jugendfreizeit der A-Junioren in Schweden und Schleswig v. 13.-27.07.2002/27 TN

**302,40 Euro**

b) Emdener Turnverein -ETV-Ballettabteilung-

Hellas-Dance-Festival in Athen

vom 24.-30.05.2002/8 TN

**76,80 Euro**

Ergebnis: einstimmig

**Punkt 7:** Anträge

Vorlage 14/330

Einrichtung eines Spielplatzes in der Rheinstraße Antrag von Kai-Uwe Schulze/Parteilos.Vertr. für die PDS vom 27.06.2002

Zu diesem Punkt trägt Herr Sprengelmeyer vor, dass von Herrn Kai-Uwe Schulze der Wunsch an die Verwaltung herangetragen sei, einen neuen Spielplatz im Bereich der Rheinstraße zu errichten. Er sei aber der Meinung, dass mit dem neuen Spielplatz im Körmeisterweg und dem vorhandenen Spielplatz "Unner de Boomen" der Bedarf abgedeckt sei. Der Gesetzgeber habe einen erreichbaren Radius von 400 Metern vorgesehen, dies würde man zwar gerne in der Verwaltung unterschreiten. Mit den finanziellen Möglichkeiten der Stadt

## **Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03.09.2002**

---

und im Hinblick auf den Sanierungsbedarf vorhandener Spielplätze sei dies zurzeit nicht zu leisten, so dass auf die beantragte Neueinrichtung verzichtet werden müsse.

Frau Meyer ist auch der Meinung, dass es besser wäre, die bereits vorhandenen Spielplätze zu pflegen und macht auf einen weiteren, erreichbaren Spielplatz an der Nesserlander Schule aufmerksam. Viele Spielplätze nützen nur dann etwas, wenn sie auch regelmäßig gepflegt und unterhalten werden können.

Herr Klaassen möchte wissen, wie weit die Spielplätze Körmeisterweg und Unner de Boomen von der Rheinstraße entfernt sind.

Antwort von Herrn Saathoff: ca. 250 - 300 m.

Frau Grix lässt über den Antrag von Herrn Kai-Uwe Schulze/Parteilos. Vertr. für die PDS vom 27.06.2002, Einrichtung eines Spielplatzes in der Rheinstraße abstimmen.

Ergebnis: einstimmig abgelehnt

Herr Saathoff teilt mit, dass heute der Antrag der FDP-Fraktion eingegangen sei, einen Spielplatz an der Rysumer Landstraße einzurichten. Ein privates Grundstück würde hierfür zur Verfügung gestellt. Da dieser Vorschlag aber sehr kurzfristig sei, könne dieser Punkt erst auf der nächsten oder übernächsten Jugendhilfeausschusssitzung behandelt werden.

### **Punkt 8: Mitteilungen des Oberbürgermeisters**

#### 1. Vorlage 14/327

#### Bericht über die Jugendgerichtshilfe

Zu diesem Punkt tragen Frau Südhoff und Herr Wegener von der Jugendgerichtshilfe vor. Beide sind Mitarbeiter der Stadt Emden und beim Fachdienst Sozialer Dienst beschäftigt. Herr Wegener stellt die Punkte 1 bis 6 der hier dem Protokoll angehängten Anlage 1 vor, wobei er zuerst auf die Aufgaben und Ziele der Jugendgerichtshilfe zu sprechen kommt und im weiteren einen kurzen Einblick in die Anzahl der Straftaten gibt. Hierbei sei besonders hervorzuheben, dass 85 % der Straftaten von männlichen Jugendlichen und 15 % von weiblichen Jugendlichen begangen würden. Er unterstreicht, dass in Emden im Durchschnitt von der Tat bis zum Urteil durchschnittlich 6 Monate vergehen würden.

Frau Südhoff gibt einen weiteren Einblick in die Aufgaben der Jugendgerichtshilfe vor einem Urteil (Pkt.7) und erläutert, dass es Gesetz sei, dass die Polizei und Staatsanwaltschaft über Straftaten und Beschuldigte informieren müssen. Nach Kontaktaufnahme mit den beschuldigten Jugendlichen würden diese beraten und auch begleitet werden und in jedem Einzelfall würde man besondere Hilfeangebote erarbeiten und dem Jugendrichter zudem Vorschläge für ein Urteil unterbreiten.

Herr Wegener kommt dann bei Pkt. 8 und 9 auf das Urteil zu sprechen, das in den meisten Fällen mit Arbeitsauflagen ende. Diese würden von der Jugendgerichtshilfe organisiert und die Durchführung überprüft werden. Das gleiche Verfahren gelte für soziale Trainingskurse. Frau Südhoff fährt weiter fort, dass die Jugendlichen auch während dieser Zeit beraten, begleitet und informiert würden. Auch sei es nicht immer so einfach, geeignete Einrichtungen zur Ableistung der Arbeitsauflagen für die Jugendlichen zu finden, da dies auch für die Einrichtungen sehr viel mehr Arbeit bedeute.

Man sei sehr froh darüber, dass es im Jahre 2000 gelungen sei, Räume in dem Bunker an der Emsmauerstraße anzumieten, um auch hier mit Jugendlichen sinnvoll zu arbeiten. Man habe die Räume erst herrichten müssen und sei dabei, diese nach eigenen Vorstellungen der Jugendlichen zu gestalten. Eigentlich wolle man aber auch gar nicht mit den Raumge-

## **Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03.09.2002**

---

staltungen fertig werden, um weiterhin Jugendlichen aus unterschiedlichen Problemfällen eine Perspektive zu erhalten, denn auch aus der Arbeitssituation heraus ergäben sich Hilfsmaßnahmen bzw. intensive Gesprächsmöglichkeiten.

Herr Wegener fährt fort, dass man zurzeit eine kleine Gruppe (2 - 3 Personen) von 15 - 17jährigen betreue, die mit massiven familiären Problemen zu kämpfen hätten. Dies gehe über Alkohol und Gewalt in den Familien bis hin zur Schulverweigerung und Straftaten. Man versuche über sehr viele Gespräche und Aktivitäten an die Jugendlichen heran zu kommen, um sie beim Übernehmen der Selbstverantwortung zu unterstützen.

Frau Meyer möchte wissen, ob die straffällig gewordenen Jugendlichen auch nach Verbüßung ihrer Auflagen noch weiterhin betreut werden.

Frau Südhoff erwidert, dass die Jugendlichen nur so lange betreut würden, bis sie ihre Strafe abgeleistet haben. Danach könne der Jugendliche gehen, er könne aber auf freiwilliger Basis weiterhin kommen.

Herr Klaassen würde gerne wissen, wieviel Prozent der Jugendlichen diese Mediationsangebote in Anspruch nähmen.

Frau Südhoff erklärt, dass es eher Ausnahme sei, wenn der Jugendliche keinen Kontakt in Anspruch nähme. Zudem könne vonseiten der Jugendgerichtshilfe, der Polizei und auch der Staatsanwaltschaft ein Täter-Opfer-Ausgleich jeweils angeregt werden. Beim zweiten Mal wäre ein Täter-Opfer-Ausgleich allerdings schon sehr problematisch und müsse unter dem Thema Gewaltbereitschaft näher betrachtet werden. Der Täter-Opfer-Ausgleich laufe sehr gut an. Während im Jahre 2001 insgesamt in 76 Fällen ein Täter-Opfer-Ausgleich durchgeführt wurde, werde sich die Zahl in diesem Jahr mehr als verdoppeln.

Frau Südhoff erläutert, dass der Täter-Opfer-Ausgleich erst noch ein ziemlich neuer Modellversuch sei. Man sei aber sehr froh, diesen Versuch nach Emden bekommen zu haben und würde ihn auch weiterhin verstärkt nutzen. Er biete die Möglichkeit zu einer außergerichtlichen Einigung. Täter und Opfer besprechen im Beisein eines Mitarbeiters der Jugendgerichtshilfe die Straftat. Die Jugendgerichtshilfe mache aber in erster Linie Täterarbeit. Wenn jedoch eine Möglichkeit bestehe, wird ein Täter-Opfer-Ausgleich durchgeführt. Nur zu diesem Ausgleich müssen beide Seiten bereit sein, Täter wie Opfer. Wenn eine Seite nicht wolle, sei da nichts zu machen. Beide Seiten müssten einen Vertrag unterschreiben, an den sie sich halten müssen.

Frau Grix bedankt sich für den ausführlichen Bericht.

2. Vorlage 14/328  
Bericht über die Ferienpassaktion 2002

Herr Sprengelmeyer berichtet über den letzten Ferienpass 2002 und gibt einen kurzen Vergleich mit dem Ferienpass 2001 wieder. Er erwähnt besonders lobend das persönliche Engagement von Herrn Ulfert Grotrain über seinen Werkvertrag hinaus. Weiter schildert er die heutige Situation bei der Beteiligung durch Vereine/Verbände und Organisationen. Im Jahr 2001 waren noch 90 Organisationen am Ferienpass beteiligt, im Jahr 2002 insgesamt 79, davon 18 neue Verbände. Dies bedeute, dass 29 Organisationen aus dem Vorjahr nicht mehr dabei waren. Man habe versucht, Gespräche zu führen, um den Hintergrund zu erfragen. In erster Linie sei die Überalterung in den Vereinen und Verbänden als Problem zu sehen. Außerdem sei ein immer schwieriger werdendes Klientel zu beobachten. Ferner fehle aus Personalmangel eine kontinuierliche Begleitung der Vereine, denn die Vorbereitung für den Ferienpass 2003 müsste bereits jetzt erfolgen. Zum Thema Aufsichtspflicht habe man ein Vorbereitungsseminar durchgeführt, ein weiteres wurde nicht angefordert oder ange-

## **Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03.09.2002**

---

nommen. Von 144 Veranstaltungen im Ferienpass waren 122 anmeldepflichtig. Ziehe man noch die Kinderfeste ab, konnten nur 8 freie Veranstaltungen angeboten werden. Dies heiÙe, dass die Kinder und Jugendlichen sich nur bei acht Veranstaltungen noch morgens überlegen konnten, dass sie dies Angebot wahrnehmen wollten. Dies finde er persönlich auch zu wenig, eine andere Zusammenarbeit mit den Vereinen war aber nicht zu erreichen, da die Vereine selbst gerne vorher planen und organisieren möchten.

Insgesamt haben 1833 Kinder und Jugendliche an den einzelnen Veranstaltungen teilgenommen. Besonders positiv sei zu erwähnen, dass es gelungen sei, 17 verschiedene Sponsoren zu finden, darunter 4 neue. Die Verkaufszahlen der Ferienpässe seien allerdings rückläufig. Wurden im Jahr 2001 noch 1.967 Pässe verkauft, waren dies in diesem Jahr nur noch 1.595.

Ferner wisse man auch, dass Ferienpässe nur mit einem hohen Maß ehrenamtlicher Arbeit durchzuführen sei. Deshalb habe man sich entschlossen, die Helferschaft in diesem Jahr stattfinden zu lassen und zudem auf die Vereine zu erweitern, die außerhalb des Ferienpasses Fahrten angeboten haben.

Frau Meyer fragt, ob die Zahl 29 der Vereine, darauf zurückzuführen sei, dass sie nicht mehr mitgemacht haben oder auch ausgefallene oder abgesagte Veranstaltungen betreffen würden.

Herr Sprengelmeyer sagt, dass Vereine, bei denen etwas ausgefallen sei, hierin nicht enthalten seien. Das katastrophale Wetter sei aber auch ein Grund für die zu geringe Zahl der verkauften Ferienpässe.

Herr Groeneveld meint, dass die Ferienpässe doch im allgemeinen vor den Ferien verkauft würden und fragt, woran der Rückgang liegen könne und ob hier vielleicht zu wenig Werbung gemacht würde.

Herr Sprengelmeyer erwidert, es sei schon richtig, dass die meisten Ferienpässe in der Ferienanfangszeit verkauft würden, die Verkaufszahlen der letzten Jahre aber tendenziell rückläufig seien. Ein Geburtenknick sei auch nicht vorhanden. Die Kerngruppe der Ferienpasshaber sei zwischen 8 - 12 Jahren. Die Teilnehmerzahlen in den vergangenen Jahren würde allerdings nur sehr geringfügig variieren. Um finanziell einigermaßen über die Runden zu kommen, müssten allerdings einige Teilnehmergebühren angehoben werden. Für die Gestaltung und Durchführung des Ferienpasses stehe der Jugendförderung ein Sockelbetrag in Höhe von 25.600 Euro zur Verfügung. Real koste der Ferienpass allerdings 50.000 Euro. Die Mehrausgaben müssen somit durch eigene Mehreinnahmen finanziert werden.

### 3. Vorlage 14/23/1 Aktuelle Situation von Beteiligungen und Partizipation

Herr Sprengelmeyer trägt vor, dass mit Ratsbeschluss vom 07.03.2002 die Verwaltung beauftragt wurde, im Rahmen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in diesem Jahr eine Kinder- und Jugendkonferenz durchzuführen sowie einen Bericht zur Situation von Kindern und Jugendlichen vorzulegen. Im Rahmen der Beteiligung und Partizipation sind seitens der Jugendförderung verschiedene Maßnahmen und Aktionen projektorientierter Partizipation mit Kindern und Jugendlichen initiiert worden, die auch den Aufbau nachhaltiger Beteiligungsstrukturen zum Ziel haben.

Man habe dem Stadtschülerrat einen Raum in der Alten Post zur Verfügung stellen können, um eine nähere Zusammenarbeit unter dem Gesichtspunkt der Beteiligung und Partizipation zu fördern.

## **Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03.09.2002**

---

Durch den Weggang des zuständigen Mitarbeiters, Herrn Holger Meister, sind insbesondere die Aktivitäten beim Aufbau von Beteiligungsstrukturen und in den Bereichen der Spielplätze ins Stocken geraten.

Herr Sprengelmeyer weist darauf hin, dass vor einigen Jahren eine Stelle der Alten Post verlagert worden sei, um Jugendhilfeplanung bzw. Beteiligungsverfahren betreiben zu können. Der Personalbedarf im Jugendzentrum Alte Post sei mit SAM-Stellen überbrückt worden. Er plane jetzt, die zweite Stelle wieder in der Alten Post zu besetzen und den Bereich Spielplätze intern so zu organisieren und zu splitten, dass die Qualität nicht leide.

Frau Meyer möchte wissen, ob dies bedeute, dass der Spielplatzbereich in Zukunft vernachlässigt werde.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, dass er nicht von Verzögerungen ausgehe. Er habe vor, die Sicherheit, Wartung und Pflege der Spielplätze dem Kollegen Wilhelm Berends zu übertragen. Zu seiner Unterstützung würden drei Leute des BEE ab 01.01.2003 bei der Jugendförderung angesiedelt werden. Dies hätte zudem den Vorteil der kürzeren Wege. Außerdem habe er Vorgespräche mit dem Stadtplanungsamt geführt, das wieder in die Verantwortung bei der Planung und Verbesserung der Spielplätze genommen werden soll.

Herr Renken fragt nach, ob die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der Spielplatzgestaltung abgesichert sei. Ferner fragt er, wann der Beschluss des Rates in Bezug auf das Kinder- und Jugendforum umsetzbar sei, da er jetzt wieder in das Jahr 2003 verschoben werde. Er verweist auf den Beteiligungsparagrafen § 23 e NGO. Seines Wissens gebe es immer noch keine Dienstanweisung der Stadt Emden hierzu. Als Beispiel führt er an, dass man zwei Bäder besucht habe, und er auf der Einladungsliste Vertreter der Jugendlichen und Jugendliche vermisst habe.

Herr Sprengelmeyer führt dazu aus, dass es den Beschluss gebe, man sich selbst aber erst einmal noch ein Stück selber finden müsse, auch mit dem Stadtjugendring. So könne das Forum nicht das erste Thema sein. Eine Ungeduld in der Umsetzung könne er bei den Jugendlichen nicht feststellen. Darüber hinaus weise er darauf hin, dass auch der Rat und die Fraktionen ihren Teil zur Erstellung eines Besuchsprogramms für Kinder und Jugendliche, um über Kommunalpolitik zu informieren, noch zu erfüllen hätten. Die Beteiligung von Kindern bei der Spielplatzgestaltung solle auch künftig im Wesentlichen über externe Moderation gewährleistet werden.

### **Punkt 9:           Anfragen**

1. Frau Meyer teilt mit, dass an dem Spielplatz Körmeisterweg eine Umzäunung fehle. Dies sei schnellstens zu erledigen zur Gefahrenabwendung, da der Spielplatz auch noch in einer Kurve liege.

Zum anderen sei dringend der Spielplatz "Unner de Boomen" in Angriff zu nehmen, da die bereits vorhandenen Hügel wieder von den Anwohnern abgetragen würden.

Herr Sprengelmeyer sichert zu, dass er sich um die Umzäunung kümmern wird und das nach Auskunft der AAGE und des Planungsamtes Mitte September mit den Arbeiten auf dem Spielplatz "Unnter de Boomen" begonnen werden solle.

- - - - -

2. Frau Meyer gibt auf dem Hintergrund der Planung (Container) eines Jugendtreffs Port Arthur/Transvaal die Anregung an die Verwaltung weiter, dass die Dollartschule erhebliche Raumprobleme habe und an der Mitnutzung des geplanten Jugendtreffs sehr inte-

## Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03.09.2002

---

ressiert wäre.

- - - - -

3. Herr Klaassen fragt nach, ob die Nutzung der Städtepartnerschaft durch Jugendgruppen nur einseitig genutzt würde, meistens ja wohl von Archangelsk nach hier. Außerdem sei ihm die Organisation der nächsten Sitzung, auf der drei Ausschüsse zusammentreffen würden, völlig unklar.

Herr Sprengelmeyer schlägt vor, das Thema Städtepartnerschaft mit dem Fachdienst Wirtschaftsförderung, Frau Dröge, auf einer der nächsten Sitzungen vorzustellen.

Herr Saathoff erläutert zur geplanten gemeinsamen Sitzung von drei Ausschüssen, dass es eine Haushaltsdiskussion über das Budget des Fachbereiches "600" Jugend, Schule und Sport gehe. Beschlüsse würden auf dieser Sitzung nicht gefasst.

Herr Lutz erläutert hierzu, dass es um grundsätzliche Budgetaufteilungen an die Fachbereiche und Fachdienste gehe. Man habe mit Absicht die Vorlagen in einem großen Zeitrahmen erarbeitet, um bei der Aufteilung der einzelnen Produkte auf die Fachbereiche Schule, Sport und Jugend schneller voran zu kommen. Bei Einigkeit in den einzelnen Fachbereichen müsse es keine weitere gemeinsame Sitzung geben.

Herr Groeneveld gibt seine Erfahrung aus anderen Ausschüssen bekannt, das heiße, wenn man doppelt vertreten sei, müsse man auch noch einen Stellvertreter bestellen. Ferner fragt er nach dem Antrag auf Bezuschussung der Sanierungsarbeiten im Jugendheim St. Walburga nach. Dieser Antrag sei bisher noch nicht beantwortet worden.

Herr Sprengelmeyer erwidert dazu, dass es wohl Gespräche hierüber gegeben habe, man seitens der Verwaltung aber keine Möglichkeit der Bezuschussung in diesem gewünschten großen Rahmen sähe. Man sähe allerdings wohl den Bedarf, habe aber nicht die finanziellen Möglichkeiten. Eine Stellungnahme würde in nächster Zeit erfolgen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bedankt sich Frau Grix bei allen Anwesenden und schließt die öffentliche Sitzung um 18.30 Uhr mit dem Hinweis auf die im Anschluss stattfindende nichtöffentliche Sitzung.